

Presseauschnitt

Wiesbadener Kurier vom 16.10.2015 Wiesbadener Tagblatt vom _____
Mz. Rhein-Zeitung vom _____ Allegem. Zeitung Mainz vom _____
Frankf. Rundschau vom _____ Frankf. Allg.- Zeitung vom _____
Erbenh. Anzeiger vom _____ Wiesb. Wochenblatt vom _____
BILD-Zeitung vom _____ sonstiges vom _____

„Wir werden gegen die Stadt klagen“

HAUSHALT Liga der freien Wohlfahrtsverbände kündigt wegen der Mittelkürzungen rechtliche Schritte an

Von Heinz-Jürgen Hauzel

WIESBADEN. Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Wiesbaden will die Kürzungen im Sozialhaushalt nicht hinnehmen. Sie beschränkt sich dabei nicht aufs bloße Protestieren. „Wir werden gegen die Stadt klagen“, sagt die Vorsitzende Hannelore Richter (Arbeiterwohlfahrt). „Und wir machen es gern. Notfalls bis in die letzte Instanz.“ Caritas-Direktorin Barbara Handke hat im Auftrag der Liga eigens ein Rechtsgutachten eingeholt. Sozialrichter Olaf Schmitt (Runkel) stellt in seiner Stellungnahme noch einmal die unantastbaren Pflicht-

leistungen – unter anderem für Arbeitssuchende, bei der Sozialhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – heraus. Er betont aber auch in Bezug auf das hessische Kinderfördergesetz, dass die dort festgelegten „Standards zwingend von der Gemeinde einzuhalten sind“. Und: „Ein Leistungsverweigerungsrecht steht der Kommune gegenüber dem Bürger nicht zu.“ Das Landesgesetz, sagt Hannelore Richter, „kann doch nicht einfach im Wiesbadener Rathaus wieder zurückgenommen werden“.

Heike Lange, Regionalgeschäftsführerin des „Paritätischen“, berichtete kopfschüt-

telnd von dem besonders gravierenden Beispiel der Kita Xenia in der Adlerstraße, für deren Bau die Stadt zwar Geld zur Verfügung gestellt habe, nun aber nicht für den Betrieb. „Genauso ist es bei unserer Kita in Dotzheim“, ergänzt Hannelore Richter. „Das ist ein Schildbürgerstreich.“ Denn es bleibe nach der angekündigten Kürzung nichts übrig, als die nun fertiggestellten Einrichtungen leerstellen zu lassen. „Und die Awo-Familienbildungsstätte werden wir definitiv zumachen müssen.“

Agim Kaptelli, Leiter des Diakonischen Werks in Wiesbaden, hält die Zerschlagung der vorhandenen Strukturen für ver-

heerend: „Wenn wir Sozialpolitik so betreiben, treffen wir den unteren Teil der Stadtgesellschaft. Die Schere geht noch weiter auseinander. Diese Art politischer Gestaltung lehnen wir grundlegend ab.“

Von politischer Gestaltung will Hannelore Richter gar nicht mehr sprechen. Ohne Schwerpunkte zu setzen, Geld zu verteilen, das könnten auch Verwaltungsbeamte. „Dafür brauchen wir keine Politiker.“ Wie sie fordert Beatrice Remmert (Jüdische Gemeinde) mehr Mut, in der aktuellen Lage Schulden zu machen und der Landesregierung die Stirn zu bieten: „Das ist Feigheit vor dem Feind.“